



INFORMATIONSPOLITIK HUMANITÄRE LAGE

■ ANALYSE		■ KOMMENTAR	
Kommunikation als Mittel der Reintegration der Bevölkerung im Donbass	2	Die Stimmen der Displaced Persons in der Ukraine und Russland	16
Von Yelizaveta Rekhman, Kiew		Von Gwendolyn Sasse, Berlin	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		■ STATISTIK	
Einstellungen der Einwohner der kontrollierten und nicht kontrollierten Gebiete im Vergleich	6	Die humanitäre Lage in der Ukraine	17
■ UMFRAGE		Die Berichterstattung über die ATO und Binnenvertriebene in den regionalen Medien	18
Informationskanäle der Ukrainer: 2015 und 2016 im Vergleich	8	■ DOKUMENTATION	
Einschätzung der Informationspolitik der ukrainischen Regierung durch die ukrainische Bevölkerung	9	UNOCHA: Übersicht über die humanitäre Krise	19
■ STATISTIK		Das Thema Binnenvertriebene in den regionalen Medien: Ergebnisse der Medienauswertung	20
Die Themen »Ukraine«, »Krim« und »Volksrepubliken« auf dem russischen Fernsehsender Perwyj Kanal	10	UNO warnt vor ökologischen Risiken im Donbass	21
■ DOKUMENTATION		■ CHRONIK	
Anti-russische und pro-ukrainische Gesetze im Kommunikations- und Kulturbereich	12	6. – 19. März 2017	22
Reporter ohne Grenzen: Stellungnahme zum Verbot des unabhängigen russischen Fernsehsenders <i>Doschd</i>	13		
Präsident Poroschenko genehmigt Informationssicherheitsdoktrin der Ukraine	14		

Kommunikation als Mittel der Reintegration der Bevölkerung im Donbass

Von Yelizaveta Rekhman, Kiew

Dies ist eine gekürzte Fassung des Policy Papers, das erstmals am 16.03.2017 in der Reihe »IEP Policy Papers on Eastern Europe and Central Asia« auf der Webseite des Instituts für Europäische Politik (IEP) erschienen ist. Die Redaktion der Ukraine-Analysen dankt dem IEP für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Das vorliegende Policy Paper entstand im Rahmen des Projektes »Denkfabriken in der Ukraine: Fachkompetenz stärken und europäische Zusammenarbeit fördern«, welches vom Institut für Europäische Politik (IEP) in Zusammenarbeit mit der Ilko Kucheriv Democratic Initiatives Foundation (DIF) 2016 durchgeführt und vom Auswärtigen Amt gefördert wurde. Die Leitung des Projektes hatte Ljudmyla Melnyk, wissenschaftliche Mitarbeiterin am IEP. Mehr Informationen zu diesem Projekt finden Sie unter folgendem Link: <http://iep-berlin.de/forschung/erweiterung-nachbarschaft-und-zentralasien/denkfabriken-in-der-ukraine-fachkompetenz-staerken-und-europaeische-zusammenarbeit-foerdern/>

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Zusammenfassung:

Während in der Ukraine die Zweckmäßigkeit der Minsker Vereinbarungen weiterhin in Frage gestellt wird und die politische Zukunft der nicht unter Kontrolle der Ukraine stehenden Gebiete der Oblaste Donezk und Luhansk offen bleibt, zeigen einschlägige Untersuchungen in diesen Regionen, dass die Intensität der Beziehungen zwischen der Ukraine und den Einwohnern dieser Gebiete weiter nachlässt. Zur Reintegration der nicht unter Kontrolle der Ukraine stehenden Gebiete könnte eine Kommunikationsstrategie des Meinungs- und Informationsaustauschs beitragen. Sie müsste dabei Bestandteil der ukrainischen Staatspolitik sein oder als eine eigenständige staatliche Kommunikationspolitik in Bezug auf die genannten Regionen ausgearbeitet werden.

Wahrnehmung der aktuellen Situation und Rolle der unterschiedlichen Informationskanäle im Konflikt in der Ostukraine

Im Juni 2016 wurde im Auftrag des analytischen Zentrums Denkfabrik »Donbass« eine persönliche Befragung der Bewohner der unter Kontrolle der Ukraine stehenden Gebiete sowie der nicht von der Ukraine kontrollierten Gebiete der Oblast Donezk durchgeführt. Ziel der Umfrage war es, bei den Bewohnern der Region die Besonderheiten ihrer Wahrnehmung der aktuellen Situation, ihrer Identität und ihrer Ansichten festzustellen. Die Durchführung von Meinungsumfragen in der Konfliktzone ist zwar mit Risiken in Bezug auf die Validität der erfassten Angaben verbunden, da heikle gesellschaftspolitische Themen meist aus Angst nicht offen angesprochen werden. Zugleich geben solche Umfragen jedoch die Möglichkeit, bestimmte allgemeine Wandlungstendenzen der öffentlichen Stimmung in den nicht von der Ukraine kontrollierten Gebieten zu erkennen.

Die im Sommer 2016 durchgeführte Umfrage zeigt einige Unterschiede zwischen den Bewohnern in den Gebieten, die unter Kontrolle der Ukraine stehen, und in den nicht von ihr kontrollierten Gebieten der Oblast Donezk bezüglich ihrer Wahrnehmung der aktuellen Situation in der Ukraine:

- 44 Prozent der Bewohner der nicht unter Kontrolle der Ukraine stehenden Gebiete neigen dazu, die aktuelle Situation in der Ukraine als *Bürgerkrieg* zu bezeichnen, während nur 31 Prozent der Befragten in den unter Kontrolle der Ukraine stehenden Gebieten der Oblast Donezk die gleiche Ansicht vertreten. Dagegen zeigte eine im November 2015 vom Razumkov Centre durchgeführte gesamtukrainische Umfrage, dass nur 16,3 Prozent der Einwohner der Ukraine die Situation im Osten als *Bürgerkrieg* bezeichnen.
- Ein großer Teil der Einwohner der unter ukrainischer Kontrolle stehenden Gebiete sehen einen *negativen Einfluss von Seiten Russlands auf die Situation in der Ukraine*. Diese Ansicht teilen 36 Prozent der Bevölkerung in den unter Kontrolle der Ukraine stehenden Gebieten und 16 Prozent in den nicht von ihr kontrollierten Gebieten. Dabei bezeichnet fast ein Viertel der Befragten (24 Prozent) in den von der Ukraine kontrollierten Gebieten gegenüber 14 Prozent in den nicht von ihr kontrollierten Gebieten die aktuelle Situation in der Ukraine als *Krieg mit Russland*. Entsprechend der vom Razumkov Centre durchgeführten gesamtukrainischen Umfrage bezeichneten 50,4 Prozent der Einwohner der Ukraine den Konflikt im Osten des Landes als *Angriffskrieg von Seiten Russlands gegen die Ukraine*.

Dass die Wahrnehmung des Konfliktes durch die Bevölkerung der Ukraine Unterschiede aufweist, könnte durch mehrere Faktoren erklärt werden, darunter die historisch entstandenen wirtschaftlichen und kulturellen Verflechtungen der östlichen Regionen der Ukraine mit Russland. Seit der Unabhängigkeit haben die Wähler in den Ost- und Südregionen der Ukraine immer Kandidaten und politische Parteien gewählt, welche die wirtschaftliche und politische Integration mit Russland befürworteten. Jedoch erklärt dieses Argument keinesfalls den Unterschied in der Wahrnehmung der aktuellen Situation in der Ukraine zwischen den Bewohnern der unter Kontrolle der Ukraine stehenden Gebiete und jenen der nicht von ihr kontrollierten Gebiete der Oblast Donezk. Vielmehr könnten die Diskrepanzen dadurch bedingt sein, dass die Bewohner sich in unterschiedlichen Informationsräumen befinden.

Gemäß einer Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) in Kiew, die von Dezember 2015 bis Januar 2016 in der gesamten Oblast Donezk durchgeführt wurde, informieren sich 88 Prozent der Einwohner der unter der Kontrolle der Ukraine stehenden Territorien allein über das Fernsehen. In den nicht von ihr kontrollierten Gebieten der Oblast Donezk ist der Anteil der ausschließlichen Fernsehnutzer etwas größer und beträgt 91 Prozent. Dabei konsumieren 86 Prozent aller Fernsehnutzer auf den von der Ukraine kontrollierten Gebieten die ukrainischen staatlichen TV-Sender, 60 Prozent die ukrainischen lokalen TV-Sender und 16 Prozent russische Fernsehkanäle. Im Gegensatz dazu werden die ersten neun Positionen der TOP-10-Liste der populären TV-Sender in den nicht von der Ukraine kontrollierten Gebieten der Oblast Donezk von russischen und »republikanischen« Sendern eingenommen. So sehen zum Beispiel 55 Prozent der Befragten den russischen Kanal »Russland 24« und 47 Prozent den russischen »Ersten Kanal«. Der einzige ukrainische TV-Sender in dieser Liste ist »1+1«, dessen Zuschaueranteil 24 Prozent beträgt.

Entwicklung der Informationssituation in den nicht von der Ukraine kontrollierten Gebieten der Oblast Donezk seit 2014

Die Ergreifung des Informationsraumes in den nicht von der Ukraine kontrollierten Gebieten der Oblast Donezk verlief parallel mit der Errichtung der Kontrolle über das Territorium durch bewaffnete Verbände der »Volksrepublik Donezk«. Im April 2014 wurde die ukrainische staatliche Radio- und Fernsehgesellschaft der Oblast Donezk eingenommen, woraufhin dort der »Erste Republikanische Fernsehkanal« seinen Betrieb aufnahm. Auf der technischen Basis des vormals ukrainischen Senders »Erster Öffentlicher Fernseh-

kanal« begannen die Übertragungen von »Oplot TV« und anstelle des ukrainischen TV-Senders »UNION« nahm der Fernsehkanal »Noworossija« den Betrieb auf. Neben den oben genannten Sendern sind auf der offiziellen DNR-Webseite noch drei weitere »republikanische« Sender aufgelistet. Demnach konnte der »republikanische« Fernsehfunke dank der technischen Kapazitäten der einst wichtigsten ukrainischen TV-Sender in der Stadt Donezk schnell errichtet werden. Zudem sind die »republikanischen« Fernsehkanäle auch im Internet und auf YouTube verfügbar.

Eine der wichtigsten Errungenschaften der »Volksrepublik Donezk« bei der Übernahme der Informationskanäle war die Ergreifung des leistungsstärksten, 360 Meter hohen Fernsehturms in der Oblast Donezk. Seitdem deckt die analoge Übertragung der Programme einzelner »republikanischer« und russischer Fernsehsender vom Fernsehturm Donezk den größten Teil der Oblast Donezk ab. Diese reicht bis hin zu den etwa siebenzig Kilometer von der Stadt Donezk entfernten Ortschaften Pokrowsk und Kostjantyniwka, die sich in den unter Kontrolle der Ukraine stehenden Gebieten befinden.

Im Februar 2015 wurde das »Informationsministerium der Volksrepublik Donezk« gegründet mit dem Auftrag, das »staatliche Informationssystem im Bereich der Massenmedien« aufzubauen. In der »Volksrepublik Donezk« wurde die Übertragung aller ukrainischen Fernsehkanäle, die in ihrem Programm politische Nachrichten beinhalten, untersagt; die Kabelbetreiber wurden angewiesen, ukrainische Fernsehsender mit politischen Inhalten aus dem Angebot zu streichen. Das Verbot gilt auch für ukrainische Informationswebseiten: Der Zugang zu diesen ist nur über anonymisierte Internetverbindungen (Tors) möglich.

Das System der Informationsverwaltung in der »Volksrepublik Donezk« ist hierarchisch und monopolistisch aufgebaut. Laut dem Gesetz der »Volksrepublik Donezk« »Über Massenmedien« sind »ausschließlich der Volksrat der Volksrepublik Donezk sowie republikanische Vollzugsorgane [...] Gründer von Fernsehsendern [und] Rundfunksendern [...], die Sendungen übertragen«. Der Inhalt der »republikanischen« Massenmedien wird durch eine einheitliche Zentrale überwacht und darf über bestimmte Narrative und Mitteilungen nicht hinausgehen. Über das Informationssystem in der »Volksrepublik Donezk« erstattete 2015 Elena Nikitina, deren Informationsministerin, ausführlich Bericht. Sie führte darin aus, dass im Jahre 2015 achtzehn »staatliche« Zeitungen gegründet, über hundert Videos und Dokumentarfilme zu sozialen Angelegenheiten gedreht sowie mehr als sechzig Fernsehsendungen zum Thema »Aufbau der Republik« erstellt wurden. So wurde innerhalb eines kurzen Zeitraumes ein

relativ geschlossener Informationsraum in der »Volksrepublik Donezk« errichtet, der nur begrenzt Zugang zu alternativen Informationsquellen ermöglicht. Es ist zu vermuten, dass diese Maßnahmen die Unterschiede in der Wahrnehmung zwischen den Bewohnern der von der Ukraine kontrollierten und der nicht von ihr kontrollierten Gebiete in der Oblast Donezk teilweise erklären können.

Jedoch wären für die Einwohner der nicht von der Ukraine kontrollierten Gebiete ein offener Informationsraum und der freie Zugang zu alternativen Massenmedien eine wichtige Voraussetzung für deren auch mentale Reintegration in die Ukraine, da gerade die Massenmedien als ein Mittel der Bildung politischer Gesinnungen und Anschauungen fungieren.

Strategische Kommunikation in der Ukraine seit 2014

Aufgrund der Einsicht in die Tatsache, dass Informationen einen Bestandteil der hybriden Kriegsführung Russlands gegen die Ukraine bilden, wurden Elemente strategischer Kommunikation auch in die Staatspolitik der Ukraine eingeführt: Im Jahr 2015 wurde die strategische Kommunikation erstmals Bestandteil der Militärdoktrin der Ukraine. Sie wird darin als »koordinierte und bestimmungsgemäße Verwendung der staatlichen Kommunikationsmöglichkeiten – öffentliche Diplomatie, Öffentlichkeitsarbeit, Information der Öffentlichkeit zu Militärfragen, informationelle und psychologische Aktivitäten und Maßnahmen zwecks Förderung der Staatsziele« bezeichnet.

Um die Ukraine bei der Entwicklung eines Systems der strategischen Kommunikation zu unterstützen, wurde im September 2015 zwischen der NATO und der Ukraine eine Roadmap zur Partnerschaft im Bereich der strategischen Kommunikation unterzeichnet. Die Hauptaufgabe einer solchen Zusammenarbeit liegt in der Entwicklung von Kapazitäten der staatlichen Organe der Ukraine sowie zivilgesellschaftlicher Organisationen und Initiativen in diesem Bereich, um die institutionelle strategische Kommunikation zu verbessern. Wichtigste Elemente der Zusammenarbeit sind die Entwicklung eines komplexen staatlichen Systems der strategischen Kommunikation, die Erarbeitung und Umsetzung einer nationalen Strategie sowie der Aufbau eines entsprechenden Ausbildungsprogramms. Für die Stärkung der institutionellen Mittel wurden innerhalb einzelner Organe des Staates spezielle Abteilungen beziehungsweise Einheiten geschaffen. Unter anderem wurde im Sekretariat des Außenministers der Ukraine eine Abteilung für strategische Kommunikation gegründet und im Ministerium für Informationspolitik die Stelle eines »Beraters im Bereich der strategischen Kom-

munikation« eingeführt. Die vom ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko im Juli 2016 gegründete Kommission für die Euro-Atlantische Integration der Ukraine sieht zudem die Stelle eines nationalen Koordinators für die Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der NATO im Bereich der strategischen Kommunikation vor. Zudem sind in der Ukraine spezielle Einheiten des Sicherheitsdienstes und der Hauptverwaltung des Geheimdienstes sowie Spezialeinheiten der Streitkräfte der Ukraine tätig, die zum Ziel haben, Widerstand gegen Desinformation und Feindpropaganda zu leisten.

Erwähnenswert ist auch die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Entwicklung und Durchführung der strategischen Kommunikation. Im März 2014 wurde das Ukrainische Krisen-Medienzentrum (UCMC) in Kiew gegründet, das von westlichen NGOs sowie staatlichen Geldgebern finanziert wird und dessen Aufgabe in der Zusammenführung von Informationsflüssen und in der verstärkten Information über die Situation und die Ereignisse in der Ukraine liegt. Das UCMC funktioniert wie ein Pressezentrum, in dem auf nichtkommerzieller Basis Briefings, Konferenzen und öffentliche Diskussionen zu Ereignissen in der Ukraine und zu mit der Ukraine verbundenen Geschehnissen durchgeführt werden. Diese Plattform steht sowohl für Vertreter der Öffentlichkeit und Experten als auch für Politiker zur freien Nutzung bereit. Das UCMC unterstützt Medienvertreter, die über Ereignisse in der Ukraine berichten, sowie staatliche Institutionen bei der Kommunikationsentwicklung. Unter anderem leistete das Zentrum dem kürzlich gegründeten Ministerium für zeitweilig besetzte Gebiete und Binnenflüchtlinge Hilfe bei der Erarbeitung einer Kommunikationsstrategie.

Ein weiteres Beispiel der Zusammenarbeit im Bereich der strategischen Kommunikation zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und den Organen der Staatsmacht ist die Kommunikationsunterstützung des Verteidigungsministeriums der Ukraine durch Stratcom Ukraine, das ebenfalls von westlichen Geldgebern finanziert wird und welches über die Tätigkeit des Ministeriums berichtet und sie der Bevölkerung verständlich macht, sowie die Imagepflege der Ukraine im Ausland fördert.

Weiterhin zu nennen sind Anstrengungen zivilgesellschaftlicher Organisationen beim Widerstand gegen Desinformation und antiukrainische Propaganda. So haben es sich die Organisationen StopFake, Informationeller Widerstand und Informapalm zum Ziel gesetzt, russische Falschmeldungen und Falschaussagen zu dementieren und über die Rolle Russlands im Konflikt in der Ostukraine zu informieren.

Bei der Analyse der inhaltlichen Dimension der strategischen Kommunikation seit dem Beginn des

Konflikts in der Ostukraine lässt sich feststellen, dass eines der Hauptnarrative in der innerstaatlichen und Außenkommunikation in der Betonung der Tatsache liegt, dass *Russland die Ukraine angreift* und der Konflikt in der Ostukraine eigentlich ein *Krieg seitens Russlands gegen die Ukraine* ist. In diesem Zusammenhang war die Annahme der Resolution 2132 durch die Parlamentarische Versammlung des Europarates am 12. Oktober 2016 für die Ukraine von großer Bedeutung. Darin wird der Konflikt in der Ukraine erstmals als »russische Aggression« bezeichnet; außerdem wird angemerkt, dass Russland »die Krim illegitim annektiert hat« und »weiterhin die Separatisten in der Ostukraine unterstützt«.

Trotz der Gründung einzelner, für die Kommunikation zuständiger Organe weist die Analyse der strategischen Kommunikation in der Ukraine innerhalb des Konfliktzeitraums seit 2014 folgende Problemaspekte auf:

- Unzureichende Planung sowie das Nichtvorhandensein eines strategischen Dokumentes, welches die Prinzipien und Ansätze einer strategischen Kommunikation der Ukraine insbesondere in Bezug auf den Konflikt im Osten des Landes und auch auf der Krim festlegt;
- Mängel in der Synchronisierung/Übereinstimmung der Kommunikation mit der tatsächlichen Staatspolitik;
- Unzureichende Abstimmung der Kommunikationsmechanismen und Kanäle auf der staatlichen Ebene: Fehlen eines klaren Koordinationsmechanismus;
- Eine wenig ausgeprägte Kultur staatlicher Kommunikation, die sich zum Beispiel durch das Fehlen eines echten Dialogs mit der Gesellschaft äußert.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Während des fast drei Jahre andauernden Konfliktes in der Ostukraine haben sich zwischen den Einwoh-

nern der nicht von der Ukraine kontrollierten Gebiete und denjenigen in unter ukrainischer Kontrolle stehenden Gebieten der Oblast Donezk wesentliche Diskrepanzen bei der Wahrnehmung dieses Konflikts entwickelt, welche Ergebnis des Einflusses des geschlossenen, monopolistischen und antiukrainischen Informationssystems der »Volksrepublik Donezk«, das sich zum größten Teil auf »republikanische« und russische Sender als Informationsquellen beschränkt, auf die Einwohner der nicht von der Ukraine kontrollierten Gebiete der Oblast Donezk zum Teil sein könnten. Das wirkliche Informationssystem der selbsternannten Republik wurde innerhalb des ersten Konfliktjahres gegründet und bildet eine der Grundlagen für deren politisches Regime. Dementsprechend muss die Frage der Wiederaufnahme des ukrainischen Rundfunks und Fernsehens in den nicht von der Ukraine kontrollierten Gebieten im Fokus auch der internationalen Verhandlungen, darunter denen des Normandie-Formates sowie der Minsker Verhandlungen über die Konfliktbeilegung in der Ostukraine stehen, weil allein der Druck seitens der internationalen Gemeinschaft die Erfüllung dieser Bedingungen ermöglichen kann.

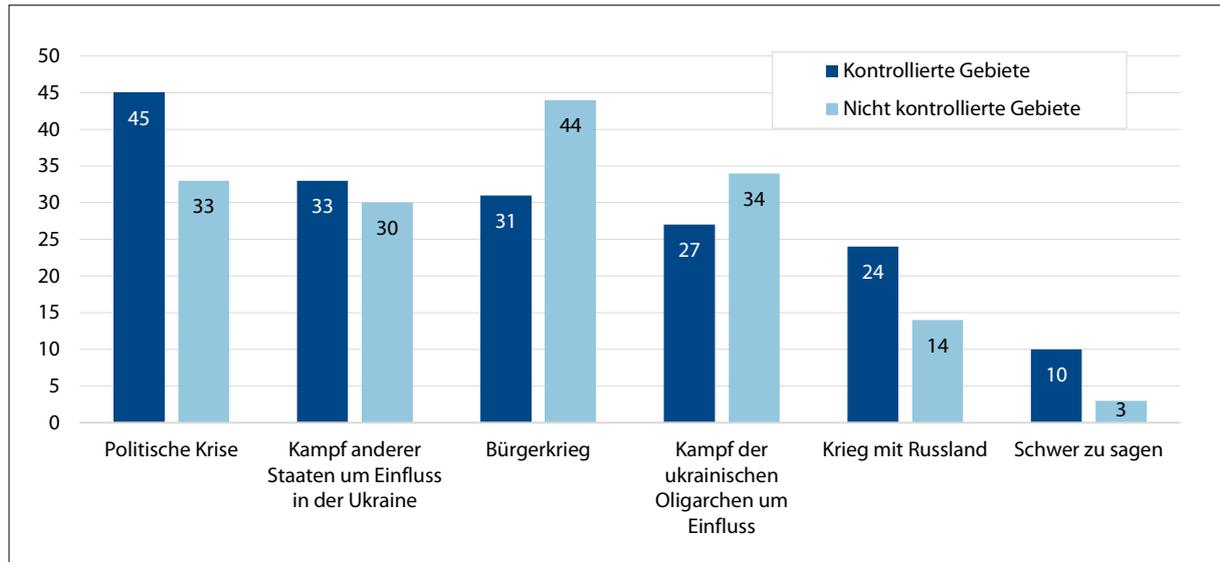
Staatliche Kommunikationspolitik kann ein wirksames Mittel zur Erreichung der Ziele der Ukraine sein, für das eine integrative Kommunikationsstrategie sinnvoll wäre. Dabei muss bei politischen Beschlüssen zur Reintegration der Faktor »Mensch« im Vordergrund stehen, denn die Rückkehr der Gebiete bedeutet vor allem die Wiedergewinnung der Menschen und erst danach die der Territorien. Die Aktivitäten der Ukraine zur Bildung eines strategischen Kommunikationssystems in den Jahren 2014 bis 2016 führten jedoch nicht zum Aufbau eines einheitlichen und klaren Systems der staatlichen Kommunikation über den Konflikt und mit den Gebieten, die nicht unter Kontrolle der Ukraine stehen.

Über die Autorin:

Yelizaveta Rekhman arbeitet als Expertin beim Donezker Verband des Wählerkomitees der Ukraine sowie bei der Organisation »Denkfabrik ›Donbass««. Zu ihren Forschungsinteressen gehören der Konflikt im Osten der Ukraine, Informationspolitik in Konfliktsituationen und Kommunikation als Mittel der Reintegration der nicht von der Ukraine kontrollierten Gebiete der Oblaste Donezk und Luhansk. Yelizaveta Rekhman studierte an der Nationalen Schewtschenko-Universität Kiew (Bachelor in Politologie), der University of Glasgow in Großbritannien und der Jagiellonian University in Polen (Master in Russisch, Mittelosteuropastudien).

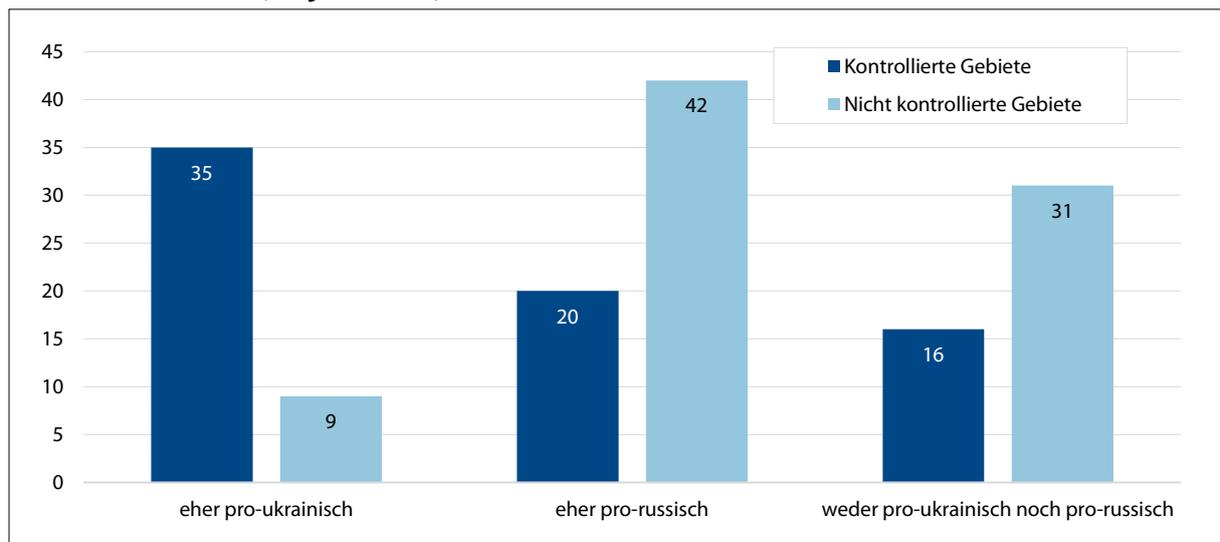
Einstellungen der Einwohner der kontrollierten und nicht kontrollierten Gebiete im Vergleich

Grifik 1: Wahrnehmung der aktuellen Situation in der Ukraine durch Einwohner der kontrollierten und der nicht kontrollierten Gebiete (% , Juni 2016)



Quelle: Face-to-Face-Befragung des IFAK Instituts im Auftrag des Donbas Think Tank vom 30. Mai bis zum 13. Juni 2016, <http://www.ngoforum.org.ua/wp-content/uploads/2016/09/Report-on-results-of-a-research-on-the-Donetsk-region_eng-1.pdf>

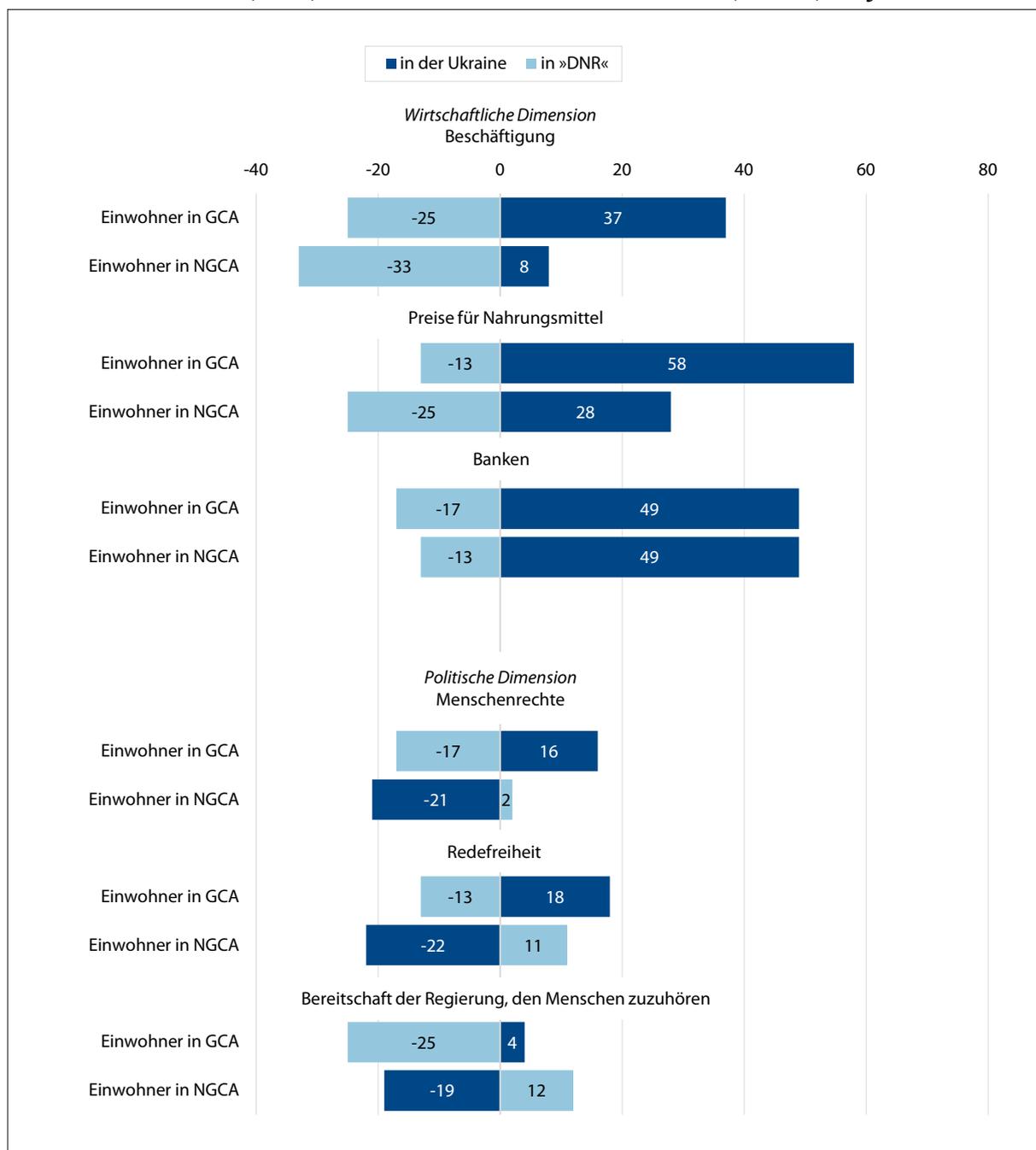
Grifik 2: Nationale Identität der Einwohner der kontrollierten und der nicht kontrollierten Gebiete (% , Juni 2016)



Anmerkung: Die Antworten wurden vereinfacht. Für den genauen Wortlaut siehe Quelle.

Quelle: Face-to-Face-Befragung des IFAK Instituts im Auftrag des Donbas Think Tank vom 30. Mai bis zum 13. Juni 2016, <http://www.ngoforum.org.ua/wp-content/uploads/2016/09/Report-on-results-of-a-research-on-the-Donetsk-region_eng-1.pdf>

Grafik 3: Einschätzung der Lage in der Ukraine und in der »DNR« durch Einwohner der kontrollierten (GCA) und der nicht kontrollierten Gebiete (NGCA) im Juni 2016



Anmerkung: Positive Zahlen entsprechen einer eher positiven Einstellung, negative Zahlen einer eher negativen. Die Werte geben die Differenz zwischen positiven (entweder »in der Ukraine« oder »in »DNR«) und neutralen Antworten (»Kein Unterschied«) an. Aufgrund dieser Transformation dienen die Zahlen nur zur Orientierung. Für die Originaldaten siehe Quelle.

Quelle: Zusammenstellung der Redaktion der Ukraine-Analysen in Anlehnung an Face-to-Face-Befragung des IFAK Instituts im Auftrag des Donbas Think Tank vom 30. Mai bis zum 13. Juni 2016, <http://www.ngoforum.org.ua/wp-content/uploads/2016/09/Report-on-results-of-a-research-on-the-Donetsk-region_eng-1.pdf>

UMFRAGE

Informationskanäle der Ukrainer: 2015 und 2016 im Vergleich

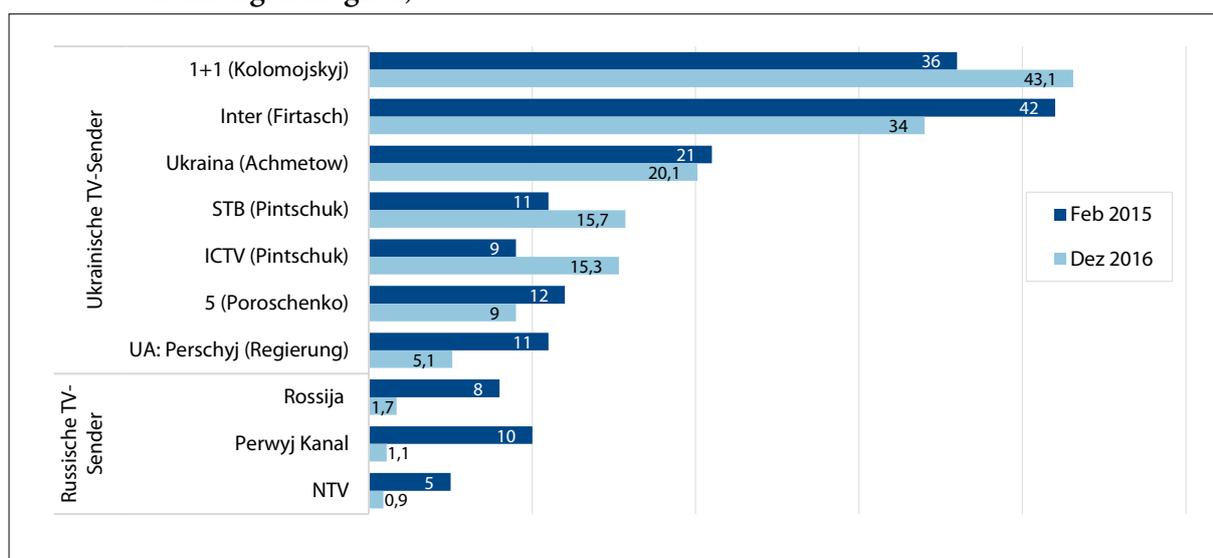
Grafik 1: Aus welchen Quellen beziehen Sie die meisten Informationen über die Situation in der Ukraine? (% , Mehrfachnennungen möglich)



Anmerkung: Die Umfrage wurde in allen Regionen der Ukraine außer der Krim und den von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierten Gebieten im Donbass durchgeführt.

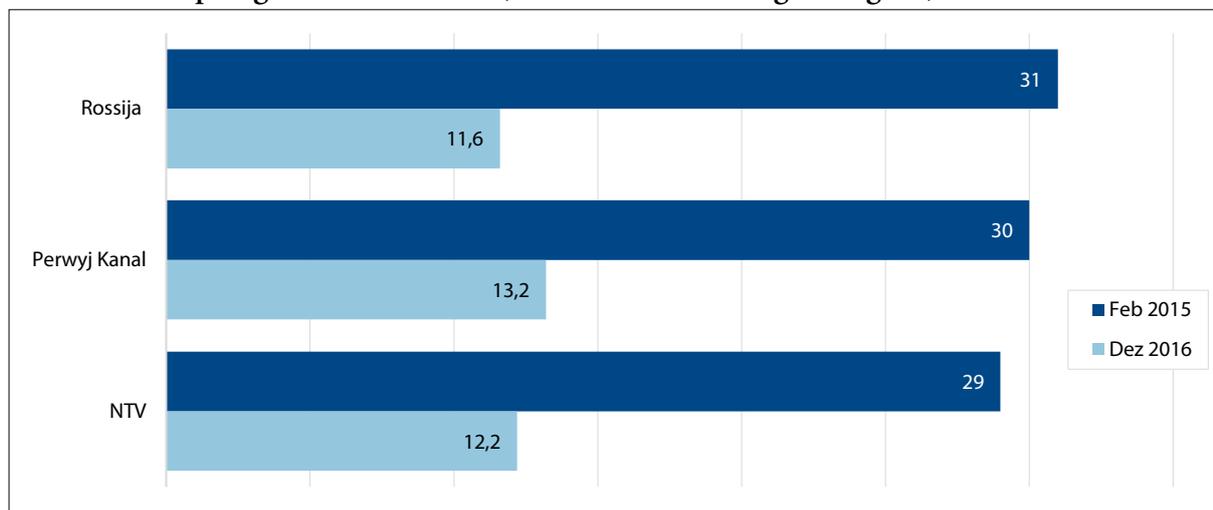
Quelle: repräsentative Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) im Auftrag der NGO »Medien-Detektor« vom 3. bis 12. Dezember 2016 (N=2040), <http://osvita.mediasapiens.ua/monitoring/in_english/analytical_report_counteraction_to_russian_information_aggression_joint_action_to_protect_democracy/>

Grafik 2: Auf welchen Fernsehsendern haben Sie in den letzten zwei Tagen Nachrichten über den bewaffneten Konflikt im Donbass oder über die Krim gesehen? (% , Mehrfachnennungen möglich)



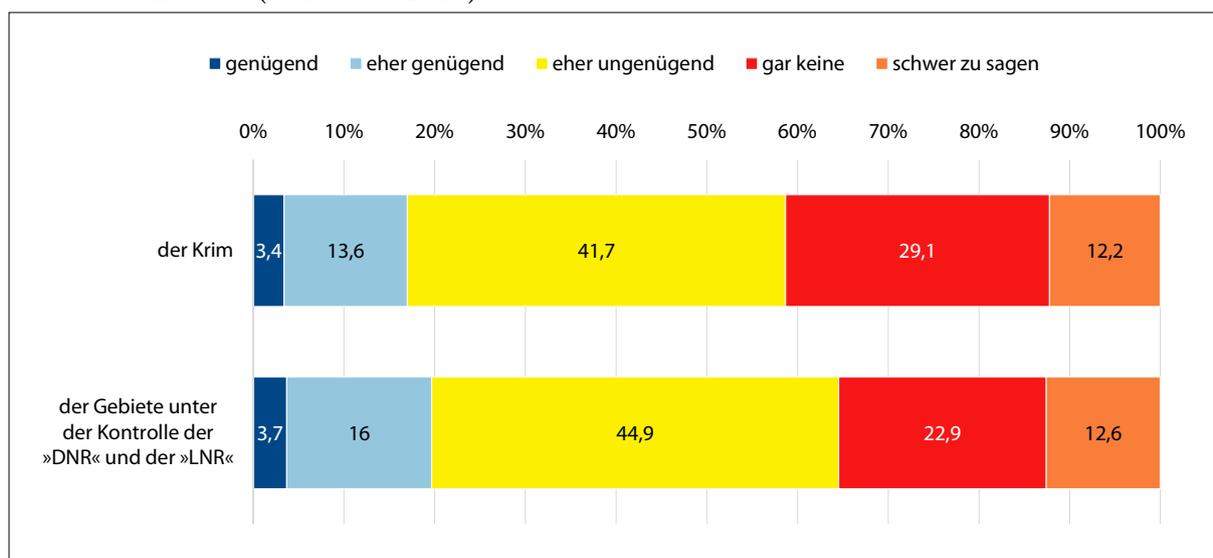
Anmerkung: Die Umfrage wurde in allen Regionen der Ukraine außer der Krim und den von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierten Gebieten im Donbass durchgeführt.

Quelle: repräsentative Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) im Auftrag der NGO »Medien-Detektor« vom 3. bis 12. Dezember 2016 (N=2040); NGO Telekritika (2015) »Counteraction to Russian Information Aggression: Joint Action to Protect Democracy«, Analytical Report.

Grafik 3: Empfang russischer Sender (% , Mehrfachnennungen möglich)

Quelle: repräsentative Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) im Auftrag von NGO »Medien-Detektor« vom 3. bis 12. Dezember 2016 (N=2040); NGO Telekritika (2015) »Counteraction to Russian Information Aggression: Joint Action to Protect Democracy«, Analytical Report.

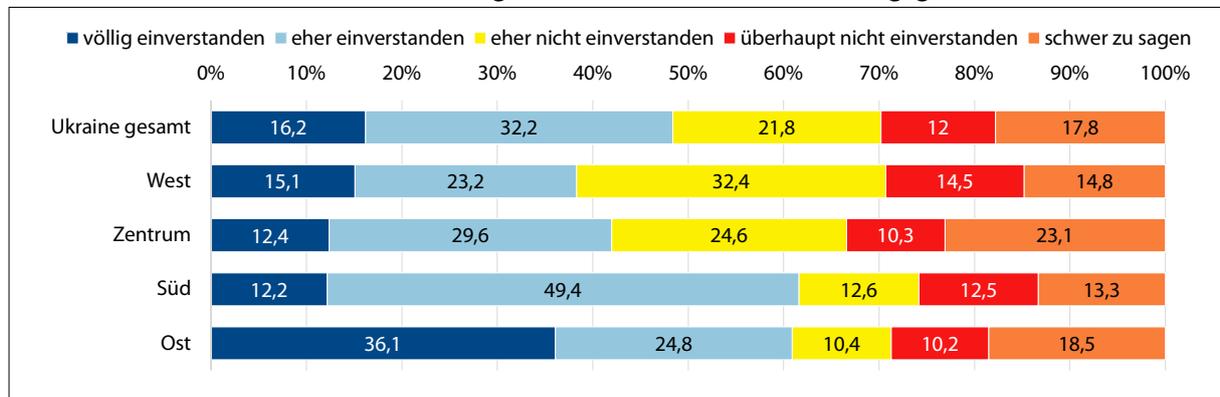
Einschätzung der Informationspolitik der ukrainischen Regierung durch die ukrainische Bevölkerung

Grafik 1: Haben Sie genügend Informationen über Strategie und Ziele des Staates bezüglich ...? (Dezember 2016)

Anmerkung: Die Umfrage wurde in allen Regionen der Ukraine außer der Krim und den von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierten Gebieten im Donbass durchgeführt.

Quelle: repräsentative Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) im Auftrag der NGO »Medien-Detektor« vom 3. bis 12. Dezember 2016 (N=2040), <http://osvita.mediasapiens.ua/monitoring/in_english/analytical_report_counteraction_to_russian_information_aggression_joint_action_to_protect_democracy/>

Grafik 2: Inwieweit sind Sie mit der folgenden Aussage einverstanden, die über die Massenmedien verbreitet wird: Die Meinungsfreiheit in der Ukraine wird angegriffen? (Dezember 2016)



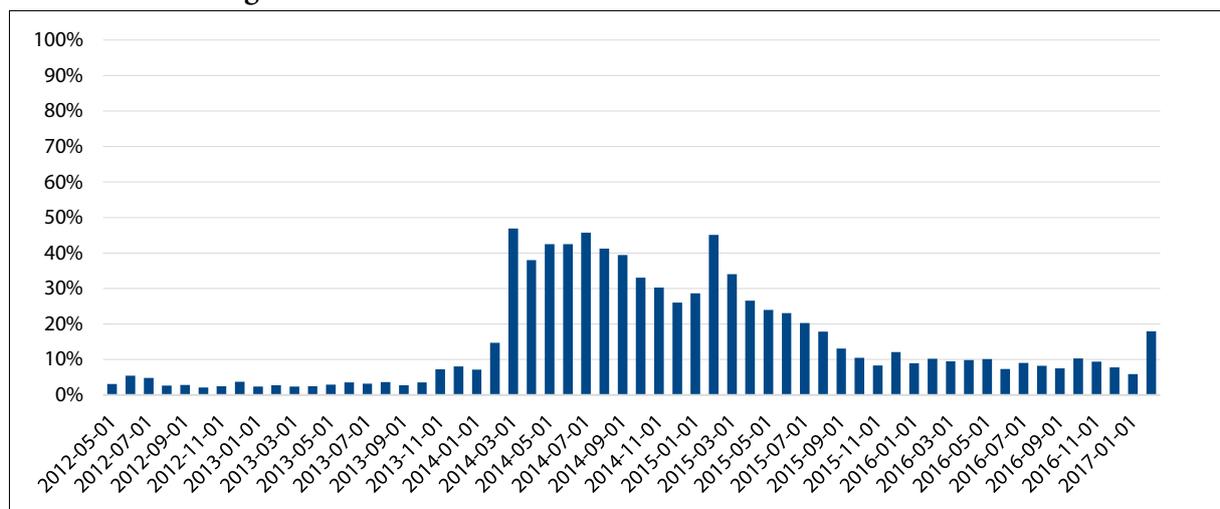
Anmerkung: Die Umfrage wurde in allen Regionen der Ukraine außer der Krim und den von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierten Gebieten im Donbass durchgeführt.

Quelle: repräsentative Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) im Auftrag der NGO »Medien-Detektor« vom 3. bis 12. Dezember 2016 (N=2040), <http://osvita.mediasapiens.ua/monitoring/in_english/analytical_report_counteraction_to_russian_information_aggression_joint_action_to_protect_democracy/>

STATISTIK

Die Themen »Ukraine«, »Krim« und »Volksrepubliken« auf dem russischen Fernsehsender Perwyj Kanal

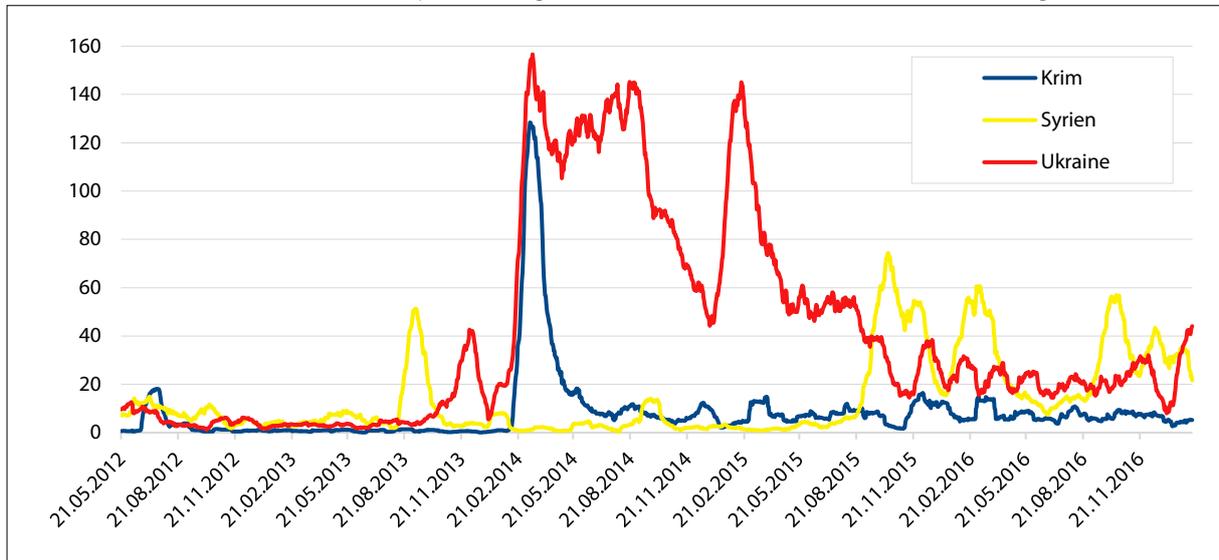
Grafik 1: Anteil der Artikel über die Ukraine auf dem russischen Fernsehsender Perwyj Kanal vom Beginn der Präsidentschaft Putins am 7. Mai 2012 bis zum 1. März 2017



Methodologie: Worthäufigkeit ausgewählter Schlüsselwörter in Nachrichten, die auf der Webseite des Russischen Fernsehsenders Perwyj Kanal (<www.1tv.ru>) zwischen dem 7. Mai 2012 (Beginn der dritten Amtszeit von Wladimir Putin) und dem 28. Februar 2017 (insgesamt 115.369 Artikel) veröffentlicht wurden. Mehr Informationen unter <<http://www.giorgiocomai.eu/2017/03/20/word-frequency-of-ukraine-crimea-dnlnr-and-novorossiya-on-1tv-ru/>>

Quelle: Zusammengestellt von Giorgio Comai (Marie Curie ITN »Post-Soviet Tensions«-Fellow an der Dublin City University; <<http://www.giorgiocomai.eu/>>) auf Anfrage der Redaktion der Ukraine-Analysen.

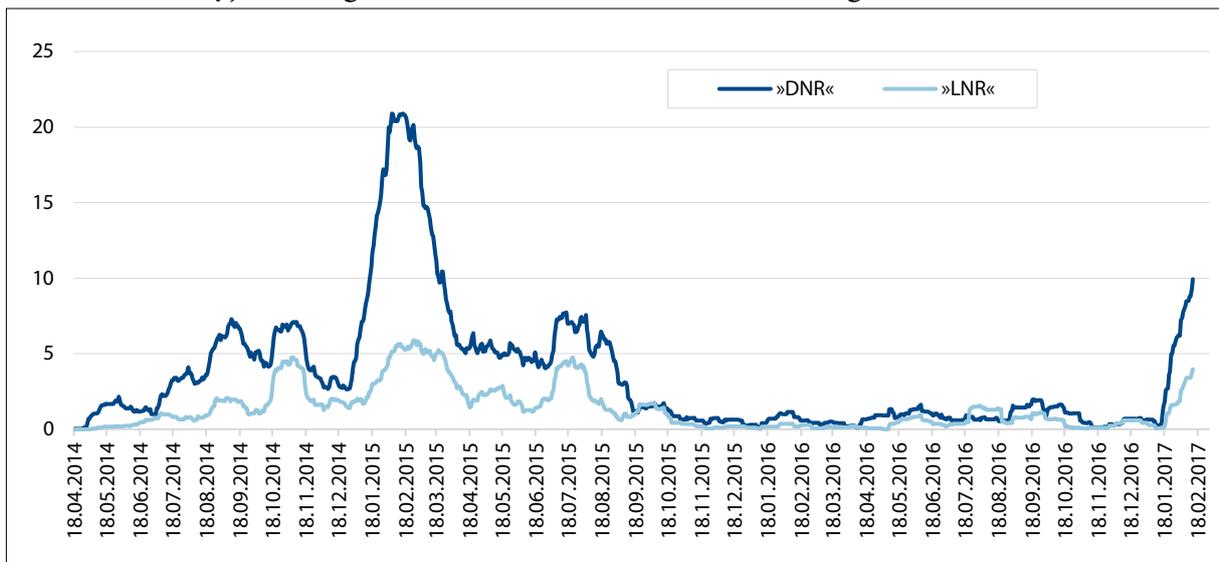
Grafik 2: Die Verwendung der Wörter »Ukraine«, »Krim« und »Syrien« auf dem Russischen Fernsendeder Perwyj Kanal (gleitender Durchschnittswert für 30 Tage)



Methodologie: Worthäufigkeit ausgewählter Schlüsselwörter in Nachrichten, die auf der Webseite des Russischen Fernsendeder Perwyj Kanal (<www.ltv.ru>) zwischen dem 7. Mai 2012 (Beginn der dritten Amtszeit von Wladimir Putin) und dem 28. Februar 2017 (insgesamt 115.369 Artikel) veröffentlicht wurden. Mehr Informationen unter <<http://www.giorgiocomai.eu/2017/03/20/word-frequency-of-ukraine-crimea-dnrlnr-and-novorossiia-on-ltv-ru/>>

Quelle: Zusammengestellt von Giorgio Comai (Marie Curie ITN »Post-Soviet Tensions«-Fellow an der Dublin City University; <<http://www.giorgiocomai.eu/>>) auf Anfrage der Redaktion der Ukraine-Analysen.

Grafik 3: Die Verwendung der Wörter »DNR« und »LNR« im Russischen Fernsendeder Perwyj Kanal (gleitender Durchschnittswert für 30 Tage)



Methodologie: Worthäufigkeit ausgewählter Schlüsselwörter in Nachrichten, die auf der Webseite des Russischen Fernsendeder Perwyj Kanal (<www.ltv.ru>) zwischen dem 7. Mai 2012 (Beginn der dritten Amtszeit von Wladimir Putin) und dem 28. Februar 2017 (insgesamt 115.369 Artikel) veröffentlicht wurden. Mehr Informationen unter <<http://www.giorgiocomai.eu/2017/03/20/word-frequency-of-ukraine-crimea-dnrlnr-and-novorossiia-on-ltv-ru/>>

Quelle: Zusammengestellt von Giorgio Comai (Marie Curie ITN »Post-Soviet Tensions«-Fellow an der Dublin City University; <<http://www.giorgiocomai.eu/>>) auf Anfrage der Redaktion der Ukraine-Analysen.

Anti-russische und pro-ukrainische Gesetze im Kommunikations- und Kulturbereich

Tabelle 1: Anti-russische und pro-ukrainische Medien- und Kulturgesetze der Ukraine seit dem Beginn des Donbass-Konfliktes

Kategorie	Gesetzesvorschlag	Gesetz	Eingebracht am	Verabschiedet am	Inhalt/Kommentar
anti-russisch	Nr. 1317	Nr. 159-VIII	09.12.2014	05.02.2015	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das russische Filme und Fernsehserien verbietet, in denen die russische bzw. sowjetische Armee oder Führung verherrlicht werden oder die nach 2014 produziert wurden.
anti-russisch	Nr. 2766	Nr. 1364-VIII	30.04.2015	17.05.2016	Das Parlament schließt russische Sendungen von den Quoten für europäische Produkte in Radio und Fernsehen aus.
pro-ukrainisch	Nr. 3822-d	Nr. 1421-VIII	16.06.2016	16.06.2016	Ab November 2016 werden Quoten für Lieder in ukrainischer Sprache im Radio eingeführt. Dabei müssen mindestens 25 % der Songs im Zeitraum von 7 bis 14 und von 15 bis 22 Uhr und mindestens 50 % der Programme tagsüber auf Ukrainisch sein. Die Quoten werden innerhalb von drei Jahren auf 35 % bzw. 60 % erhöht.
sowohl anti-russisch als auch pro-ukrainisch	Nr. 4815	Nr. 1715-VIII	15.06.2016	01.11.2016	Es werden Bußgelder für Sender und Anbieter in Höhe von 25 %, 10 % und 5 % der Lizenzgebühr je nach Schwere des Verstoßes eingeführt. Bisher wurden Bußgelder vom Nationalen Rat für Fernsehen und Rundfunk verhängt und von der Regierung genehmigt. Vor 2015 wurde diese Art von Sanktion aber nicht angewendet, weil Bußgelder von der Regierung nicht genehmigt wurden, unter anderem aufgrund der Lobbyarbeit der Medienindustrie. Jetzt werden die Bußgelder gesetzlich eingeführt; von dem Gesetz wird eine bessere Einhaltung der neuen Mediengesetze erwartet.
anti-russisch	Nr. 5114	Nr. 1780-VIII	13.09.2016	08.12.2016	Das Parlament beschränkt den Import von anti-ukrainischen Büchern aus Russland. Dies betrifft aber nicht diejenigen Bücher in russischer Sprache, die in der Ukraine produziert werden (mit Ausnahme der besetzten Gebiete im Donbass). Es werden Einfuhrgenehmigungen eingeführt.
pro-ukrainisch	Nr. 5313	-	27.10.2016	16.03.2017 (1. Lesung)	Das Parlament verabschiedet in erster Lesung den Gesetzentwurf über die Einführung von Quoten für Programme und Filme in ukrainischer Sprache im Fernsehen. Dabei müssen die nationalen Fernsehsender mindestens 75 % des Medieninhalts und die regionalen Fernsehsender mindestens 50 % ihrer Inhalte in ukrainischer Sprache bereitstellen. Mindestens 75 % der Nachrichten im Fernsehen müssen auf Ukrainisch sein.

Quelle: Zusammengestellt von der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben der Werchowna Rada und auf Grundlage von Nachrichten auf dem Internetportal »Detektor Media« (<<http://detector.media>>).

Tabelle 2: Abstimmung über die anti-russischen und pro-ukrainischen Medien- und Kultur-gesetze im Parlament (Anteil der Ja-Stimmen)

Kategorie des Gesetzentwurfes	anti-russisch	anti-russisch	pro-ukrainisch	sowohl anti-russisch als auch pro-ukrainisch	anti-russisch	pro-ukrainisch
Gesetzentwurf	Nr. 1317	Nr. 2766	Nr. 3822-d	Nr. 4815	Nr. 5114	Nr. 5313
Abstimmungsdatum	05.02.2015	17.05.2016	16.06.2016	01.11.2016	08.12.2016	16.03.2017 (1. Lesung)
Block Petro Poroschenko	67 %	71 %	78 %	72 %	69 %	69 %
Volksfront	90 %	75 %	90 %	80 %	84 %	83 %
Fraktionslose	41 %	36 %	52 %	54 %	50 %	53 %
Oppositionsblock	0 %	0 %	5 %	0 %	0 %	0 %
Selbsthilfe	72 %	85 %	73 %	88 %	77 %	69 %
Gruppe Wiedergeburt/Gruppe Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2015	74 %*	22 %	4 %	26 %	9 %	15 %
Vaterland	74 %	58 %	89 %	43 %	52 %	75 %
Radikale Partei	73 %	0 %	76 %	5 %	57 %	85 %
Volkswille	11 %	32 %	100 %	26 %	11 %	5 %
Gesamt	61 %	52 %	66 %	56 %	56 %	58 %

* Nach der Abstimmung zog die Fraktion Wirtschaftsentwicklung ihre Stimmen rückwirkend zurück.

Quelle: Zusammengestellt von der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben der Werchowyna Rada.

Reporter ohne Grenzen: Stellungnahme zum Verbot des unabhängigen russischen Fernsehsenders *Dozhd* (13.01.2017)

Reporters Without Borders condemns yesterday's decision by the National Radio and TV Council (NRTC) to ban Russian independent TV channel *Dozhd* from being retransmitted in Ukraine.

Ukrainian broadcasters will have to comply with the ban within one month of its official publication, expected on 16 January.

The NRTC, which regulates broadcasting in Ukraine, accuses *Dozhd* of violating the country's territorial integrity by treating Crimea as part of Russia, and of violating a restrictions on advertising on certain foreign TV channels.

Dozhd is nonetheless very outspoken in its criticism of the Kremlin and until now has been widely retransmitted in Ukraine, where it has as much as a quarter of its entire audience.

"Even if the regulator has identified breaches of Ukraine's laws, there are no grounds for such a drastic sanction as banning *Dozhd*," said Johann Bihr, the head of RSF's Eastern Europe and Central Asia desk. "This is a media freedom violation, a measure that—judged by international standards—it is neither necessary nor proportionate.

"Independent media have a key role to play in maintaining a link between population groups that have been separated by war and propaganda. We ask the Ukrainian authorities to rescind this decision without delay."

According to article 19 of the International Covenant on Civil and Political Rights, which Ukraine has ratified, any restrictions on freedom of expression in a democratic society must not only be legal but also legitimate and necessary.

***Dozhd*—hounded in Russia**

Russia's only independent national TV channel, *Dozhd* has been much persecuted in its own country. Dropped by the main Russian satellite and cable TV providers and evicted from its offices in 2014, it has lost a large part of its public and advertisers.

Describing Crimea as Ukrainian territory is punishable by imprisonment under Russia's recently toughened legislation on "separatism." *Dozhd* had to comply, but that has not stopped it from referring to Russia's "annexation" of the Crimean peninsula or continuing to provide critical coverage of Russian policy in Ukraine.

Buhr said: "You cannot help smiling at the Kremlin's virulent protests about Ukraine's ban on *Dozhd*, given that this TV channel can no longer be viewed by most Russians. If Moscow really cared about media freedom, it would start by lifting the restrictions on *Dozhd* and all the other independent media outlets in Russia."

"Information war" abuses in Ukraine

RSF has often condemned media freedom violations in Ukraine that have been committed in the name of combatting Russian propaganda. Last week, uniformed members of the "Rapira" veterans association stormed into the offices of Klen, a cable TV provider in Chernomorsk, in the south of the country, and, using threats, forced it to suspend local retransmission of *Dozhd*'s programming.

On 30 December, President Petro Poroshenko promulgated a law under which a prior permit is now required to import any Russian books. The law introduced the concept of "aggressor state promotion or propaganda" into Ukraine's legislation.

"We expect the Ukrainian authorities to defend media freedom against activist minorities, not to join them in their excesses," Buhr added. "Combatting Russian propaganda is legitimate but does not under any circumstances justify intolerance or limiting pluralism."

Even when no longer available via satellite and cable TV services, *Dozhd* will still be available online in Ukraine to subscribers.

Ukraine is ranked 107th out of 180 countries in RSF's 2016 World Press Freedom Index. Russia is ranked 148th.

Quelle: <<https://rsf.org/en/news/ukraine-bans-independent-russian-tv-channel-dozhd>>

Präsident Poroschenko genehmigt Informationssicherheitsdoktrin der Ukraine

President approved Information Security Doctrine of Ukraine (25.02.2017)

President Petro Poroshenko signed a Decree that enacts the NSDC decision "On the Information Security Doctrine of Ukraine" and approved the Doctrine. The document comes into force on the date of its publication.

As stated in the document, the necessity of adoption of the Information Security Doctrine of Ukraine is caused by the emergence of topical threats to national security in the information sphere, as well as by the need to determine innovative approaches to formation of the protection system and development of the information space in conditions of globalization and free flow of information.

The goal of the Doctrine is to clarify principles of formation and implementation of the state information policy, first of all with a view to counter the destructive information impact of Russia in conditions of hybrid war unleashed by it.

The document defines national interests of Ukraine in the information sphere, threats to their implementation, directions and priorities of the state policy in the information sphere. Its legal basis is the Constitution of Ukraine, laws of Ukraine, National Security Strategy of Ukraine approved by President's Decree no. 287 of May 26, 2016, as well as international treaties approved as binding by the Verkhovna Rada of Ukraine.

To implement the Doctrine, the NSDC must coordinate the activities of the executive bodies to ensure national security in the information sphere. Taking into account special conditions and holding of aggressive information war against our state not only on its territory, but also in the world, ensuring the implementation of the Doctrine is possible only in case of proper coordination of measures taken by all state authorities. The National Security and Defense Council will also determine the key measures under the provisions of the document.

The Cabinet of Ministers of Ukraine will ensure the implementation of the information policy of the state, funding of programs related to information security, direct and coordinate functioning of ministries and other executive bodies in this sphere.

The Ministry of Information Policy of Ukraine shall be responsible for organization and monitoring of media and public resources of national Internet segment in order to identify the information banned in Ukraine. The Ministry of Information Policy will also conduct monitoring of threats to national interests and national security in the information sphere.

Besides, the Ministry must form current priorities of the state information policy and control their implementation, coordinate the activities of central and local executive bodies in the sphere of ensuring Ukraine's information sovereignty, governmental communications, crisis communications, particularly during the anti-terrorist operation and in special period.

It is also obliged to elaborate and implement the strategy of information maintenance of the process of liberation and reintegration of temporarily occupied territories.

In addition, the Ministry of Information Policy must facilitate the Ministry of Foreign Affairs of Ukraine in reporting and presenting the official position of Ukraine in foreign media.

The Doctrine also sets a series of tasks for the Ministry of Foreign Affairs, Ministry of Defense, Security Service of Ukraine, State Service of Special Communication and Information Protection, intelligence bodies and National Institute for Strategic Studies.

Quelle: <<http://www.president.gov.ua/en/news/glava-derzhavi-zatverdiv-doktrinu-informacijnoyi-bezpeki-ukr-40190>>

Die Stimmen der Displaced Persons in der Ukraine und Russland

Von Gwendolyn Sasse, Berlin

Nach einer ruhigeren Phase verschärfte sich der Krieg in der Donbass-Region im Osten der Ukraine Anfang 2017 wieder und war zwischenzeitlich auch in den Medien wieder präsent. Die Meinungen der Displaced Persons innerhalb und außerhalb der Ukraine wurden jedoch nicht in den Blick genommen. Bis Sommer 2016 registrierte das ukrainische Sozialministerium fast 1,8 Millionen Binnenflüchtlinge in der Ukraine. Seit 2015 gehört die Ukraine zu den zehn Ländern mit den meisten Binnenflüchtlingen weltweit. Außerdem sind mehr als eine Million Menschen aus der Konfliktzone nach Russland geflohen.

Ukrainische und russische Lokal- und Landesregierungen – und auch der Westen – müssen diese Gruppe der Displaced Persons aufgrund ihrer Anzahl, ihrer räumlichen Verbreitung und ihrer extremen Erfahrungen berücksichtigen. Die Displaced Persons stellen zwar keine geschlossene politische oder soziale Kraft dar, sind jedoch stark politisiert. Viele von ihnen bleiben abhängig von familiärer oder staatlicher Unterstützung und stehen in engem Kontakt mit den Regionen und Menschen, die sie zurückgelassen haben. Außerdem stellen sie einen Extremfall dar, an dem die durch den Krieg verursachte Bildung von Identitäten untersucht werden kann.

Das neu gegründete Zentrum für Osteuropa und internationale Studien (ZOiS) in Berlin hat eine außergewöhnliche zweigeteilte Befragung von Binnenflüchtlingen in der Ukraine und nach Russland geflüchteten Menschen durchgeführt. Die Befragung der Binnenflüchtlinge deckte die Oblaste Donezk, Luhansk, Dnipropetrowsk, Kiew, Lwiw und Kiew Stadt ab. Die Bestimmung der Quoten für in die Auswahl einbezogene Gruppen basierte auf offiziellen Angaben zu den Aufenthaltsorten und dem soziodemographischem Profil der Binnenflüchtlinge: Die meisten von ihnen sind mittleren Alters, zwei Drittel sind Frauen. Das Verhältnis von registrierten und nicht registrierten Binnenflüchtlingen war neun zu eins.

Die Befragung der Displaced Persons in Russland umfasste elf westliche und zentrale Bezirke, in denen sich besonders viele Displaced Persons aufhalten. In dieser Gruppe betrug das Verhältnis von registrierten und nicht registrierten Flüchtlingen 56 zu 44 – hierin kommen die zahlreichen Lagerschließungen zum Ausdruck. Weil es keine Angaben zu den Displaced Persons in Russland gibt, wurden deren Quoten nach dem Sample der Binnenflüchtlinge ausgerichtet.

Das angegebene mittlere Einkommen der Displaced Persons in Russland war (mit 470 Euro beziehungsweise

500 US-Dollar monatlich) höher als das der Binnenflüchtlinge (163 Euro beziehungsweise 173 US-Dollar monatlich). Das kann zumindest teilweise darauf zurückgeführt werden, dass über 70 Prozent der Displaced Persons in Russland angaben, in Vollzeit zu arbeiten, was nur 46 Prozent der Binnenflüchtlinge in der Ukraine angaben.

Verbindungen zu Familie und Freunden waren ein wichtiges Entscheidungskriterium für den Niederlassungsort. Rund 70 Prozent der Displaced Persons in Russland und 60 Prozent derjenigen in der Ukraine hatten an ihren gegenwärtigen Wohnorten bereits vorher Familie oder Freunde. Möglicherweise überraschend für die russischen und ukrainischen Behörden ist, dass die Mehrheit der Displaced Persons dort verbleiben will, wo sie sich zurzeit aufhält – vor allem ist das in Russland der Fall (80 Prozent), aber auch in der Ukraine (etwa 65 Prozent).

Die interessantesten Ergebnisse erbrachte die Umfrage in Bezug auf die Angaben zur eigenen Identität der Befragten. Auf die Frage, ob sich ihre Identität im Zuge der Ereignisse von 2013 bis 2016 verändert habe, konstatierten die Displaced Persons in Russland die größten Veränderungen. Etwas mehr als 50 Prozent gaben an, sich nun »russischer« zu fühlen. Interessanter ist aber noch, dass fast 30 Prozent angaben, nun stärker wahrzunehmen, »sowohl russisch als auch ukrainisch« zu sein. Von den befragten Binnenflüchtlingen gaben 50 Prozent an, dass sich ihre Identität verändert habe: Gut 30 Prozent fühlen sich nun »ukrainischer«, 14 Prozent nahmen stärker wahr, sowohl russisch als auch ukrainisch zu sein.

Gemischte Identitäten bleiben also wichtig beziehungsweise sind unter den am direktesten vom Krieg Betroffenen sogar wichtiger geworden. Diese Auffälligkeit steht in deutlichem Kontrast zu den Polarisierungen, die die Analyse der Ukraine zu weiten Teilen kennzeichnet.

Die Umfrage zeigt die zahlreichen und starken Verbindungen, die die Displaced Persons in Russland wie in der Ukraine zu Familienmitgliedern und Freunden in den besetzten Gebieten und im restlichen Donbass aufrechterhalten. Zwei Drittel der russischen Displaced Persons haben Verwandte oder Freunde in den von Kiew kontrollierten Gebieten. Von den Binnenflüchtlingen in der Ukraine haben zwei Drittel Freunde oder Verwandte in den besetzten Gebieten. Etwa die Hälfte der Displaced Persons in Russland und der Ukraine sind in täglichem oder wöchentlichem Kontakt mit Verwand-

ten oder Freunden in den besetzten Gebieten. Und eine weitere Art von persönlichen Verbindungen bedeuten einen Schutz vor weiteren Trennlinien: Etwa 40 Prozent der Binnenflüchtlinge in der Ukraine haben Freunde oder Verwandte, die in Russland leben oder arbeiten.

Beim Vertrauen in die politische Führung gibt es deutliche Unterschiede. Eine überwältigende Mehrheit von über 90 Prozent der Befragten in Russland vertraut dem russischen Präsidenten »eher« oder »sehr« – ein scharfer Kontrast zur Ukraine, wo nur etwa ein Drittel der Binnenflüchtlinge dem ukrainischen Präsidenten vertraut. Entscheidend sind hier nicht die unterschiedlichen Vertrauensgrade, sondern dass die Displaced Persons die sie umgebende allgemeine Stimmung annehmen und wiedergeben. Die von der Ukraine nach Russland Geflohenen haben sich ziemlich schnell dem russischen Mainstream angeglichen.

Der kleine Teil der Displaced Persons in Russland, der eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine befürwortet

– 17 Prozent – entspricht einem ähnlichen Schema. Dass jedoch 45 Prozent der Binnenflüchtlinge in der Ukraine eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine ablehnen, überrascht wohl stärker. Eine momentan starke Enttäuschung über das Unvermögen der EU, die Situation in der Ukraine zu verändern, der angenommene Zusammenhang zwischen ihrer Situation als Displaced Persons und den Euromaidan-Antiregierungsdemonstrationen sowie die Assoziation der EU mit engeren Verbindungen zur Nato könnten zusammengenommen dieses Ergebnis erklären.

Eine Lösung des Konflikts im Donbass scheint in weiter Ferne zu liegen und die Displaced Persons werden wohl dort bleiben, wo sie sind. Ihre politische und sozioökonomische Integration wird von Relevanz sein – und das noch stärker in der Ukraine als in Russland, wie die Ergebnisse dieser Umfrage nahelegen.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

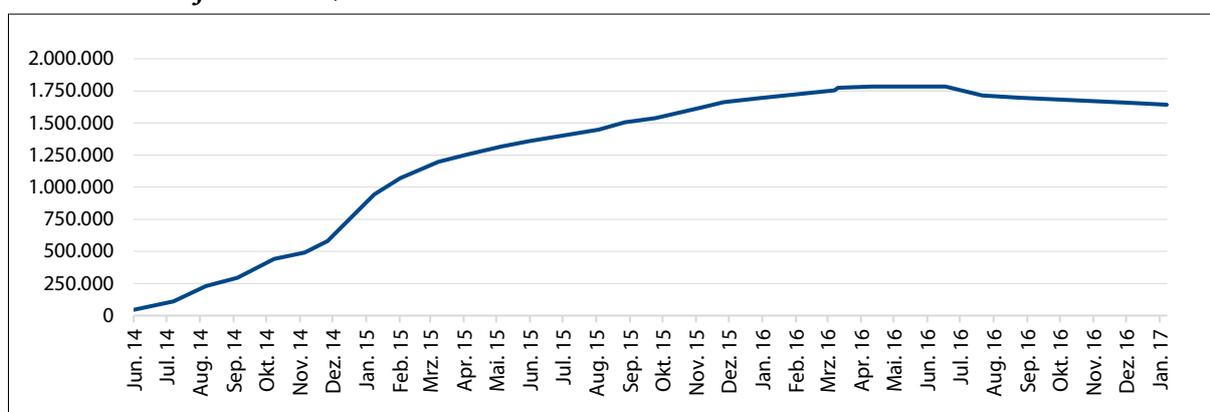
Über die Autorin:

Prof. Dr. Gwendolyn Sasse ist die wissenschaftliche Direktorin des neu gegründeten Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien in Berlin sowie non-resident senior fellow von Carnegie Europe. Die englische Originalfassung dieses Beitrags wurde im Februar 2017 im »Carnegie Europe's Strategic Europe Blog« veröffentlicht: <<http://carnegieeurope.eu/strategieurope/67979>>.

STATISTIK

Die humanitäre Lage in der Ukraine

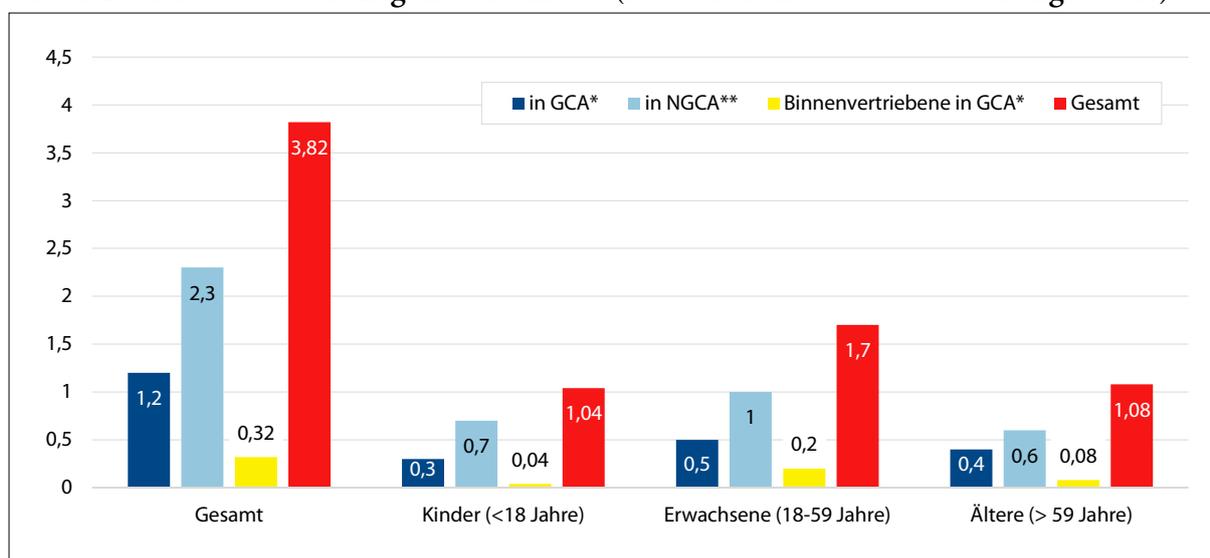
Grafik 1: Zahl der monatlich registrierten Binnenvertriebenen in der Ukraine von Juni 2014 bis Januar 2017



Anmerkung: Die Zahl der registrierten Binnenflüchtlinge ist zurückgegangen, weil nach der Verifizierung durch die ukrainische Regierung nicht alle durch Zertifikate bestätigt wurden. Nach der im Juni 2016 verabschiedeten Resolution müssen die mobilen Teams von Verwaltungsbeamten und/oder Sicherheitskräften den Wohnort und die Lebensbedingungen der Binnenvertriebenen überprüfen.

Quelle: Zusammenfassung der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben von UNOCHA, UNICEF, <<http://reliefweb.int/country/ukr>>

Grafik 2: Die humanitäre Lage in der Ukraine (Mio. Menschen mit Unterstützungsbedarf)

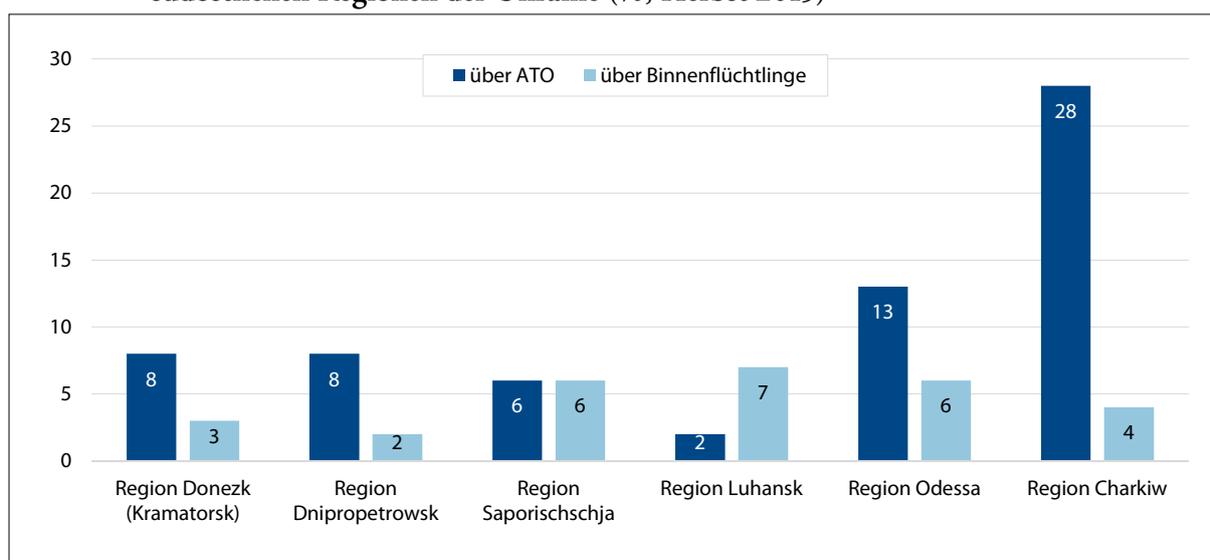


* GCA - Government-controlled areas; ** NGCA - Non-Government-controlled areas

Quelle: UNOCHA, Humanitarian Response Plan 2017, <http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/humanitarian_response_plan_2017_eng.pdf>

Die Berichterstattung über die ATO und Binnenvertriebene in den regionalen Medien

Grafik 1: Anteil der Berichterstattung über ATO und Binnenflüchtlinge im Fernsehen in den südöstlichen Regionen der Ukraine (% , Herbst 2015)



Anmerkung: Die Medienbeobachtung dauerte einen Monat und fand zwischen dem 15. September 2015 und dem 15. November 2015 statt. Analysiert wurden die Nachrichtenprogramme, die freitags auf jeweils zwei TV-Sendern in jeder Region liefen.

Quelle: NGO Institute of Mass Information (IMI) zusammen mit GFK Ukraine, Bericht »Analysis of the media situation in the southern and eastern regions of Ukraine«, 2016 <http://imi.org.ua/docs/MEDSit_eng.pdf>.

UNOCHA: Übersicht über die humanitäre Krise (Auszüge)

Largely unnoticed, the armed conflict in eastern Ukraine continues to be active, triggering humanitarian needs, claiming lives and resulting in damage to critical civilian infrastructure. More than two years of crisis have weakened people's ability to cope. Protracted displacement is a challenge and lack of livelihood opportunities forces some IDPs to return to insecure areas. The Government's approach towards citizens residing in areas beyond its control remains inconsistent, while the de facto authorities in NGCA [non-government controlled areas – Redaktion der Ukraine-Analysen] continue to hamper humanitarian access to those most in need of assistance.

An estimated 3.8 million people in Eastern Ukraine are in need of humanitarian assistance, and their protection remains a key concern. Most of them, 2.9 million, or 200,000 more than in 2015, live in areas beyond Government control. Pockets of humanitarian needs also exist in Government controlled areas (GCA) of Donetska and Luhanska oblasts. Many people have also fled elsewhere, within Ukraine and abroad. The Government has officially registered some 1.7 million people as internally displaced people (IDPs). Of these, it is estimated that some 0.8 to 1 million reside more permanently in GCA, and require longer term solutions, while others, still registered as displaced, move frequently across the 'contact line'. Many people have returned home in 2016, mostly to locations where there has been no fighting for over a year. More than one in 10 households living in NGCA had one or several members who have returned home this year. Some involuntary returns have also been recorded as some people could no longer afford housing and utility costs in urban areas in GCA.

Ongoing violence makes life difficult and dangerous for people living along the 'contact line'. Since the beginning of the conflict, almost 23,000 people were injured and 9,700 killed, according to the UN Human Rights Monitoring Mission in Ukraine (as of 15 November 2016). Most of the more than 2,000 civilian deaths result from indiscriminate shelling of residential areas while explosive remnants of war, improvised explosive devices and landmines account for numerous casualties. Interruptions to water and electricity supplies occur frequently as a result of shelling. Moreover, utility companies face increasing difficulties in carrying out repairs to worn out infrastructures damaged by the war, and mechanisms to transfer funds to pay bills across the 'contact line' are yet to be found. Over 1,000 inhabited houses were damaged in 2016.

The 'contact line' between GCA and NGCA has become a defacto border. Freedom of movement is restricted, isolating affected people in NGCA. More than 700,000 people travel across the 'contact line' every month in order to maintain family ties, look after property, access markets, health care and social payments in GCA. Restrictions to freedom of movement for people and goods across the frontline and limitations on commercial trade have disrupted market links and triggered an increase in consumer prices in NGCA.

The suspension of social payments to IDPs is a major protection concern, because pensioners are the only breadwinners for 38 per cent of conflict-affected families in GCA and 60 per cent in NGCA. Since February [2016 – Redaktion der Ukraine-Analysen], the Government has suspended social payments and pensions for hundreds of thousands displaced people until they revalidate their IDP certificates, portraying this as a way to fight 'fraudulent schemes'. This decision has increased movements of civilians, affecting primarily pensioners residing in NGCA who, according to the current Ukrainian legislation, are forced to register as IDPs to receive their entitlements.

The economic stagnation in the Donbas has been aggravated by more than two years of conflict. Families have depleted their savings and reduced their spending on health and education in order to afford food. Some 45 per cent of the IDPs have difficulties in finding new jobs. In September 2016, 38 per cent of IDPs were unemployed. The reduction of income coincides with an increase in the price of commodities and utilities costs.

Access to goods and services is a challenge, and, while aid delivery continues, organisations' ability to provide assistance is constrained by insecurity and undue bureaucratic impediments. De facto authorities continue to prevent many humanitarian organisations from operating in areas under their control. While the Ukrainian Government has somewhat eased its previous procedural impediments to humanitarian aid delivery, serious challenges remain. The Government has taken steps to assume its leadership in responding to the needs of the population, including the creation of the 'Ministry of Temporarily Occupied Territories and IDPs' (MTOT&IDPs) which has a mandate for humanitarian and recovery coordination. Yet systematic acceptance from different ministries to assume their role as duty bearers for their own people is lacking.

Quelle: UNOCHA, Humanitarian Response Plan 2017, S. 6–7, <http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/humanitarian_response_plan_2017_eng.pdf>.

Das Thema Binnenvertriebene in den regionalen Medien: Ergebnisse der Medienauswertung zwischen Oktober 2015 und Oktober 2016 (Auszüge)

This is the final of the media monitoring reports which were published in the framework of the project 'Regional Voices: Strengthening conflict sensitive coverage in Ukraine's regional media,' funded by the European Union. The project was implemented by a media consortium led by the Thomson Foundation, and consisted of the European Journalism Centre, 'Spilnyi Prostir' Association, MEMO 98 and the International Institute for Regional Media and Information.

The total 24 regional monitoring reports on coverage of IDPs in the local Ukrainian media (regional monitoring reports, comparative cross-regional monitoring reports, comparative monitoring reports by monitoring periods and final report) will be prepared in between 2015 – 2017. The first media monitoring report assessed the findings from 1 to 23 October 2015, the second monitoring report assessed the findings from 15 to 28 February 2016, the third monitoring report evaluated the findings from 1 to 14 June 2016, and the fourth monitoring report assessed the findings from 10 to 23 October 2016.

(...) The monitoring sample consisted of a total of 204 monitored media (51 TV channels, 65 print media, and 88 online media outlets), in 24 regions of Ukraine divided into four main parts. (...)

Executive Summary

- The monitoring of four different periods in all regions of Ukraine showed a lack of IDP-related stories in general and those with a more analytical and investigative approach in particular.
- In most of their stories, journalists merely reflected on the current situation with IDP, without aiming for a long-term vision or more profound public discussion on how to resolve problems of IDPs in a particular region.
- There were a few examples of materials that looked like they were paid for as they lacked some basic journalistic standards. Moreover, there were instances of using somebody else's stories and their republishing in some local media.
- Journalists did not question official statements by authorities or ask them probing questions and avoided verification of the information submitted by the state authorities.
- Media, in general, avoided sensationalism when reporting on IDPs. In general, they used correct language and terminology when addressing internally displaced persons, without any apparent attempt to discriminate and used picture and videos in a proper way, in line with the portrayed topics and issues.
- There were, however, a few examples when media discriminated IDPs, featuring them in a negative way or referring to them as 'refugees'.
- Media, in general, avoided sensationalism when reporting on IDPs. There were some positive examples when media focused on the human side of IDP stories.
- The third monitoring revealed that while the general lack of IDP-related stories was visible in all periods, there were a few instances of a more systemic coverage of IDPs. Some publications were initiated in the framework of different international projects.
- Especially in the last two monitoring periods, there were a few instances of better quality stories on IDP-related issues as well as materials that provided useful information to IDPs on social benefits.

Anmerkung: Die Daten aller fünf Wellen der Medienauswertung dieses Projekts sind unter <<http://www.prostir-monitor.org/reports/en/>> aufrufbar.

Quelle: "Media coverage of Internally Displaced Persons in the Ukrainian mass media", Final Media Monitoring Report, February 2017, <http://memo98.sk/uploads/content_galleries/source/memo/ukraine/editorial-forum-2017/final-summary-media-monitoring-report_ukraine_2017.pdf>

UNO warnt vor ökologischen Risiken im Donbass

With fighting near industrial sites, UN expert warns Ukrainians of chemical disaster risk

10 March 2017—Unless the fighting in eastern Ukraine is stopped and precautions are taken to secure industrial facilities in the area, the armed conflict could lead to a catastrophic chemical disaster, an independent United Nations human rights expert today warned.

“Battles are now being fought in cities, close to industrial centres, with factories increasingly becoming at risk of being hit: the consequences for anyone living close-by would be severe,” said Baskut Tuncak, the UN Special Rapporteur on human rights and hazardous substances and wastes.

Most of Ukraine’s industrial facilities are located in the eastern part of the country. These include heavy industrial infrastructures operating in the mining, metallurgical, chemical and power sectors.

“The presence of a range of explosive and toxic substances at these sites is a source of serious concern,” according to the press release from the Office of the High Commissioner for Human Rights (OHCHR).

As an example, on 24 February, a shell hit a building housing more than 7,000 kg of chlorine gas. While no damage was reported, damage to just one fraction of the containers would have killed anyone within 200 meters and severely impact the health of anyone within 2.4 km, according to experts cited by OHCHR.

The Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA) has also voiced concern about potential impact to the health of residents. According to information cited in the press release, OCHA and humanitarian partners have called for demilitarizing the areas adjacent to civilian infrastructure and for essential safety equipment to be stored at facilities out of the reach of the government.

UN human rights experts are part of what it is known as the Special Procedures of the Human Rights Council, the general name of the independent fact-finding and monitoring mechanisms that address either specific country situations or thematic issues in all parts of the world. The experts work on a voluntary basis; they are not UN staff and do not receive a salary for their work.

Quelle: <<http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=56331#.WMOgeDs182w>>

6. – 19. März 2017

06.03.2017	Bei den Anhörungen am Internationalen Gerichtshof in Den Haag, vor dem die Ukraine gegen Russland bezüglich der Annexion der Krim und der russischen Rolle im Krieg in der Ostukraine klagt, wirft die Vertreterin der Ukraine Russland vor, die Separatisten mit Munition zu unterstützen. Allein bei den Gefechten bei Awdjiwka im Januar 2017 hätten die Separatisten Munition im Umfang von 14 Waggonladungen eingesetzt. Solche Mengen müssten von außen in die Gebiete geliefert worden sein.
07.03.2017	Ein Richter ordnet für den des Amtsmissbrauchs und Betrugs angeklagten Chef der Steuer- und Zollverwaltung, Roman Nasirow, 60 Tage Untersuchungshaft an. Alternativ könne er gegen eine Kaution von 100 Millionen Hrywnja (etwa 3,7 Millionen Euro) aus der Haft entlassen werden, dürfe dann aber Kiew nicht ohne Erlaubnis und das Land grundsätzlich nicht verlassen und müsse eine elektronische Fußfessel tragen. Die Protestierenden, die während der Verhandlung die Eingänge des Gerichtsgebäudes blockiert hatten, um eine Flucht Nasirows zu verhindern, feiern die Entscheidung des Gerichts. Der Einsatz der Antikorruptions-Staatsanwaltschaft gegen Nasirow, einen Vertrauten des Präsidenten Petro Poroschenko, gilt als wichtiger Teil des Kampfs gegen die Korruption politischer und wirtschaftlicher Eliten in der Ukraine.
07.03.2017	Laut dem Verwaltungschef des ukrainisch kontrollierten Teils der Region Donezk, Pawlo Schebriwskyj, soll ein Kontrollpunkt der Armee um acht Kilometer in Richtung der Frontlinie verlegt werden. Dies bedeute, dass neun Dörfer, die sich bisher in der so genannten »Grauzone« befanden, nun unter die Kontrolle der Ukraine fallen.
08.03.2017	Bei einer Rede im US-Senat ruft Außenminister Pawlo Klimkin die USA dazu auf, die Ukraine in der Auseinandersetzung mit Russland zu unterstützen. Er fordert die USA auf, Waffen an die Ukraine zu liefern, und schlägt vor, die Verhandlungen der Unterzeichner des Budapester Memorandums von 1994 wiederaufzunehmen. Damals hatten die USA, Russland und Großbritannien im Budapester Memorandum die territoriale Integrität der Ukraine garantiert – im Austausch für den Nuklearwaffenverzicht der Ukraine.
08.03.2017	Die Polizei in der Region Donezk untersagt die Einfuhr von Handfeuerwaffen in die Region, auch wenn ein Waffenschein vorliegt. Die Jagd in der Region sei verboten, daher gebe es auch keinen Grund, eine Waffe zu tragen, heißt es in der Erklärung. Dies betrifft auch die Teilnehmer der Blockade der Eisenbahntransportwege zwischen der Region Donezk und dem von Separatisten kontrollierten Gebiet, die mit Jagdgewehren ausgerüstet sind. Auf ihrer Facebook-Seite kündigen sie an, die Anweisung nicht zu befolgen, da sie keinen Gesetzescharakter habe.
10.03.2017	Nach Angaben der moldawischen Staatsanwaltschaft beantragt der in der Ukraine der Korruption verdächtige Richter eines Kiewer Gerichts Mykolaj Tschaus Asyl im Nachbarland Moldau. Die Ukraine hat Antrag auf Auslieferung gestellt. Die Antikorruptionsbehörde ermittelt seit Herbst 2016 gegen Tschaus, dem sie vorwirft, Schmiergeld in Höhe von 150.000 US-Dollar angenommen zu haben.
10.03.2017	Nach Angaben der Nachrichtenagentur Reuters stellt die größte private Energiegesellschaft der Ukraine, DTEK Energo, die Arbeit in den meisten ihrer Kohleschächte auf dem von Separatisten kontrollierten Gebiet ein. Es gebe zurzeit nicht genügend Abnehmer für die geförderte Kohle. Die Transportwege in die Ukraine sind zurzeit von einer Gruppe von Aktivisten blockiert. Die Holding DTEK Energo gehört dem Großunternehmer Rinat Achmetow.
11.03.2017	Die Familien der acht Bergleute, die am 2. März 2017 bei einem Grubenunglück in der Region Lwiw ums Leben gekommen sind, erhalten staatliche Zahlungen in Höhe von je 100.000 Hrywnja (etwa 3.700 Euro) aus dem Regionalbudget. Auch die Verletzten erhalten Kompensationszahlungen.
11.03.2017	Nach Angaben der Steuer- und Zollverwaltung hat die Ukraine im Januar und Februar 2017 Kohle im Wert von etwa 247 Millionen US-Dollar aus Russland importiert. Dieser Wert liegt etwa doppelt so hoch wie der Wert der Vergleichsperiode im Jahr 2016. Grund für den Anstieg ist die Blockade der Transportwege für Kohle aus den Separatistengebieten in die Ukraine.
11.03.2017	Nach Angaben der Polizei im ukrainisch kontrollierten Teil des Gebietes Donezk werden durch Beschuss der Stadt Awdjiwka erneut Wohngebäude beschädigt.
11.03.2017	Die Abgeordnete der Partei Selbsthilfe, Alena Babak, legt ihr Mandat nieder. Sie habe sich aus persönlichen Gründen zu diesem Schritt entschieden, sie sehe ihre Aufgabe eher als Expertin denn als Politikerin. Es habe keine Konflikte innerhalb der Fraktion gegeben.

13.03.2017	Präsident Petro Poroschenko schlägt vor, per Gesetz Personen die ukrainische Staatsbürgerschaft zu entziehen, wenn sie freiwillig eine fremde Staatsbürgerschaft annehmen. Zuvor hatte bereits der Abgeordnete und Vorsitzende der Radikalen Partei, Oleh Ljaschko, gefordert, Abgeordneten das Mandat zu entziehen, sollte sich herausstellen, dass sie den Pass eines anderen Landes besitzen. In der Vergangenheit war bekannt geworden, dass der wegen Korruption gesuchte Abgeordnete Oleksandr Onischtschenko zusätzlich zur ukrainischen auch die britische Staatsbürgerschaft hat. Der Abgeordnete Mustafa Nayyem hatte außerdem behauptet, der wegen Veruntreuung angeklagte Chef der Steuer- und Zollverwaltung Roman Nasirow besitze die britische Staatsbürgerschaft.
13.03.2017	Die EU verlängert die Sanktionen gegen juristische und natürliche Personen aus Russland im Zusammenhang mit der Bedrohung der territorialen Einheit der Ukraine um ein halbes Jahr. Die Sanktionen umfassen das Einfrieren von Vermögen und Einreiseverbote.
13.03.2017	Ein Kiewer Berufungsgericht bestätigt die Entscheidung einer Vorinstanz bezüglich der Untersuchungshaft von Roman Nasirow, dem Chef der Steuer- und Zollbehörde.
13.03.2017	Protestierende in der Region Wolhynien fordern vor dem Gebäude der Regionalverwaltung eine Stellungnahme des Gouverneurs Wolodymyr Guntshik bezüglich der Blockade der Eisenbahntransportwege zwischen dem ukrainisch und dem von Separatisten kontrollierten Landesteil, durch die die Lieferung von Kohle in die Ukraine unterbrochen ist. Guntshik erklärt bei einem Gespräch im Gebäude, er sei gegen die Blockade, sprach sich aber auch gegen die kurz zuvor abgeschlossene Aktion des Inlandsgeheimdienstes SBU aus, bei der er 43 bewaffnete Teilnehmer der Blockade gewaltsam festgenommen hatte. Die Protestierenden fordern daraufhin die Freilassung der festgenommenen Aktivisten und erklären, das Gebäude bis zu diesem Zeitpunkt nicht zu verlassen. In der Nacht meldet die Abgeordnete Oxana Siroid unter Berufung auf den SBU, dass alle Aktivisten aus der Haft entlassen worden seien.
14.03.2017	Das Parlament ratifiziert ein Freihandelsabkommen zwischen der Ukraine und Kanada.
15.03.2017	Präsident Petro Poroschenko weist den Nationalen Sicherheitsrat an, den Transport von Gütern zwischen den ukrainisch und den von Separatisten kontrollierten Landesteilen vorübergehend vollständig einzustellen. Ausgenommen werden sollen nur humanitäre Hilfsgüter. Diese Anordnung solle Bestand haben, bis die Anführer der »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk die kürzlich auf ihrem Gebiet beschlagnahmten ukrainischen Unternehmen wieder in die Jurisdiktion der Ukraine überführen. Kurz darauf verabschiedet der Sicherheitsrat den entsprechenden Beschluss. Später gibt Innenminister Arsen Awakow bekannt, dass die Entscheidung sich nicht auf Privatpersonen und ihr Eigentum beziehe, sondern ausschließlich auf kommerziellen Güterverkehr.
16.03.2017	Der EU-Botschafter in der Ukraine, Hugues Mingarelli, erklärt, die Entscheidung der Ukraine, den Güterverkehr mit den von Separatisten kontrollierten Territorien einzustellen, habe die EU überrascht und widerspreche der bisherigen Politik der Ukraine gegenüber den Separatistengebieten, die die EU unterstütze. Er räumt zugleich ein, dass die Beschlagnahmung ukrainischer Unternehmen die Situation verändert und eine Reaktion der Ukraine erforderlich gemacht habe.
16.03.2017	Der Inlandsgeheimdienst SBU vermeldet, dass es entgegen den Behauptungen des Abgeordneten Mustafa Nayyem keine Belege dafür gebe, dass der wegen Korruption angeklagte Chef der Steuer- und Zollverwaltung, Roman Nasirow, die britische oder sonst eine Staatsbürgerschaft außer der ukrainischen besitze.
16.03.2017	Das Ministerkabinett verlängert den Notstand im Energiebereich um einen Monat. Im Rahmen des Notstandes kann die Energieversorgung gezielt abgeschaltet werden. Solche Maßnahmen könnten sieben Regionen des Landes betreffen, darunter auch die Regionen Kiew, Dnipropetrowsk und Charkiw.
16.03.2017	Präsident Petro Poroschenko setzt einen Beschluss des Nationalen Sicherheitsrates in Kraft, mit dem Sanktionen gegen fünf russische Banken erlassen werden, darunter die Sberbank und die VTM Bank. Die Sanktionen verbieten es den Banken, Kapital außer Landes zu führen. Staatliche ukrainische Einrichtungen dürfen zudem keine Mittel mehr bei diesen Banken deponieren.
16.03.2017	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, mit dem ein elektronisches Register aller Wehrpflichtigen eingerichtet werden soll. Die Fraktionen der Partei Vaterland und des Oppositionsblocks stimmen dagegen. Ein Argument der Gegner des Gesetzes ist die Gefahr, Daten der Wehrpflichtigen könnten in falsche Hände gelangen.
16.03.2017	Nach Angaben der Antikorruptionsstaatsanwaltschaft hinterlegt die Ehefrau des wegen Verdachts der Veruntreuung in Untersuchungshaft befindlichen Chefs der Staatlichen Steuer- und Zollbehörde, Roman Nasirow, die Kaution in Höhe von 100 Millionen Hrywnja (etwa 3,7 Millionen Euro). Der Abgeordnete Mustafa Nayyem erklärt, die Kaution sei von Nasirows Ehefrau und seinem Schwiegervater gemeinsam hinterlegt worden.

17.03.2017	In London wird der ehemalige Chef des Staatsunternehmens Ukrspesexport, Serhyj Bondartschuk, festgenommen. Die Generalstaatsanwaltschaft wirft ihm Unterschlagung von Staatsmitteln in Höhe von 7,5 Millionen US-Dollar vor. Bondartschuk war Mitglied der Partei Unsere Ukraine des ehemaligen Präsidenten Wiktor Juschtschenko. Er stand Ukrspesexport von 2005 bis 2010 vor. Er kommt gegen Kautions auf freien Fuß.
19.03.2017	Nach Angaben des Finanzministeriums verschiebt der Internationale Währungsfonds eine Sitzung zum Fortgang des Kreditprogramms für die Ukraine. Als Begründung wird angegeben, man brauche mehr Zeit um zu überschlagen, welche Auswirkungen die Blockade der Eisenbahntransportwege in das von Separatisten kontrollierte Gebiet und die dortige Beschlagnahmung ukrainischer Unternehmen sowie die Gegenmaßnahmen der Ukraine auf die wirtschaftliche Situation haben werden.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)

Satz: Matthias Neumann

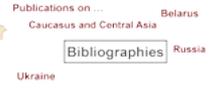
Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1862-555X © 2017 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste

der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Partner der deutschsprachigen Analysen zur postsowjetischen Region ist das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH, Partner der Polen-Analysen ist das Deutsche Polen-Institut. Partner der englischsprachigen Analysen ist die ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/>